

Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie schützen



Artikel 9 Grundgesetz garantiert die Koalitionsfreiheit und die Tarifautonomie. Beide Grundrechte wurden jedoch im Laufe der Jahre von Politik und Rechtsprechung mehrfach eingeschränkt. Arbeitnehmerkoalitionen können ihre Kernaufgabe, den Abschluss von Tarifverträgen, nur wahrnehmen, wenn sie als tarifmächtig gelten. Wird ihnen die Tarifmächtigkeit aberkannt, dürfen sie keine Tarifverträge abschließen und verlieren auch andere gewerkschaftliche Rechte.

Mit dem Tarifeinheitsgesetz wurde darüber hinaus festgelegt, dass in einem Betrieb keine konkurrierenden Tarifverträge zur Anwendung kommen können, sondern nur der Tarifvertrag der Organisation mit den meisten Mitgliedern im Betrieb.

Gewerkschaftspluralismus wurde damit weitgehend ausgehebelt, mit der Folge, dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad und die Tarifbindung in Deutschland rückläufig sind. Die Tarifbindung beträgt gerade noch 43%, die EU Mindestlohnrichtlinie sieht jedoch mind. 80% vor. Es bedarf daher dringend Maßnahmen zur Sicherung von Gewerkschaftspluralismus und der Erhöhung der Tarifbindung.

Was wir wollen:

- **Gewerkschaftspluralismus statt Einheitsgewerkschaft**
- Gewährleistung des Grundrechts auf **Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie für alle Gewerkschaften**
- **Ersatzlose Abschaffung des Tarifeinheitsgesetzes**
- Wahrnehmung der Bundeskompetenz für einen **bundeseinheitlichen Mindestlohn in Höhe von mind. 60 Prozent des Bruttomedianlohns** entsprechend den Empfehlungen der EU-Richtlinie über angemessene Mindestlöhne
- **Vergabe von öffentlichen Aufträgen nur an tariffreie Unternehmen**
- **Allgemeinverbindlichkeitserklärung erleichtern** durch Neuregelung der Besetzung von Tarifausschüssen
- **Wahlerleichterung und höhere Wahlbeteiligung bei Betriebsrats- und Aufsichtsratswahlen durch Umsetzung der Möglichkeit der Onlinewahl**
- **Ahndung der Behinderung von Betriebsratswahlen als Officialdelikt**

Das ist der CGB:

Der CGB ist der drittgrößte gewerkschaftliche Dachverband. Er vereinigt unter seinem Dach elf christliche Gewerkschaften und Verbände in Deutschland und vertritt die Interessen von rund 260.000 Beschäftigten in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst.

Mitgliedsverbände:

Arbeitnehmerverband Deutscher Milchkontroll- und Tierzuchtbediensteter (ADM)
www.adm-berufsverband.de

Beschäftigungsverband Industrie, Gewerbe, Dienstleistung e.V. (BIGD)

Bund der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten (Union Ganymed)

Christliche Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (CGBCE)
www.cgbce.org

Christliche Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (CGDE)

Christliche Gewerkschaft Metall (CGM)
www.cgm.de

Christliche Gewerkschaft Postservice und Telekommunikation (CGPT)
www.cgpt.de

DHV - Die Berufsgewerkschaft e.V.
www.dhv-cgb.de

Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD)
www.goed-online.de

Gewerkschaft für Kunststoffgewerbe und Holzverarbeitung im CGB (GKH)

GTL - Gewerkschaft Transport & Logistik
www.gtl-web.de

CGB-Hauptstadtbüro:

Meeraner Straße 7, 12681 Berlin
Telefon 030 / 21 02 17-30
E-Mail: cgb.bund@cgb.info
Homepage: www.cgb.info

V.i.S.d.P. Peter Rudolph



Was wir wollen

Freiheit und Demokratie sichern



Zukunftssichere Arbeitsplätze durch eine wettbewerbsfähige Wirtschaft



Wohlstand und soziale Sicherheit wahren



Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie schützen



Forderungen der Christlichen Gewerkschaften zur Bundestagswahl 2025

Zukunftssichere Arbeitsplätze durch eine wettbewerbsfähige Wirtschaft



Die deutsche Wirtschaft stagniert und wird im kommenden Jahr langsamer wachsen als in jeder anderen Industrienation. Dies hat auch hausgemachte, strukturelle Ursachen. Hierzu zählen die marode Verkehrsinfrastruktur, Rückstände bei der Digitalisierung und der Energiewende, langwierige Genehmigungsverfahren, ein zunehmender Fachkräftemangel, sinkende Produktivität sowie unzureichende Modernisierungsanstrengungen in Teilen der Wirtschaft, wie aktuell die Absatzkrise der Automobilindustrie belegt. Wenn Deutschland als rohstoffarmes Land seine Rolle als eine der führenden Industrie- und Exportnationen behaupten will, bedarf es dringend wirtschaftspolitischer Reformen.

Was wir wollen:

- **Deindustrialisierung stoppen und Zukunftsindustrien und Startups stärker fördern**
- **Fachkräftemangel** durch vermehrte Ausbildung und Qualifizierung **verringern**
- beschleunigter **Kita-Ausbau** und **bessere Bezahlung frauendominierter Berufe**
- Mobilität der Beschäftigten durch ein **verbessertes ÖPNV-Angebot** sowie die **Fortführung des D-Tickets** über 2025 hinaus fördern
- **marktwirtschaftliche Lösungen der Absatzkrise der Automobil- und Zulieferindustrie** statt Preissubventionen
- **Förderung der E-Mobilität** durch schnelleren Ausbau der Ladeinfrastruktur und eines günstigen Ladestroms
- Entschärfung der von der EU für 2025 vorgesehenen Absenkung der CO₂-Flotten-Grenzwerte
- keine Aushöhlung des grundgesetzlich geschützten **Verbots der Sonn- und Feiertagsarbeit**
- **Förderung von Freihandel** statt neuer Zollschränken
- für den Klimaschutz erforderliche **Dekarbonisierung fördern**
- eine **grundlegende Mehrwertsteuerreform**
- **Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stärken** durch Bürokratieabbau und beschleunigte Genehmigungsverfahren sowie Kostenentlastungen

Wohlstand und soziale Sicherheit wahren



Eine florierende Wirtschaft sowie Geldwertstabilität sind Voraussetzung für Wohlstand und soziale Sicherheit.

Durch die Kaufkraftverluste aufgrund hoher Inflationsraten sind die Reallöhne der Beschäftigten gesunken und aktuell auf dem Niveau des Jahres 2018. Das bedeutet, dass bei steigenden Mieten und Sozialversicherungsbeiträgen immer mehr Einkommen für soziale Sicherheit und Wohlstandswahrung aufgewendet werden muss.

Allein fürs Wohnen müssen die Deutschen schon jetzt ein Viertel ihres Einkommens aufwenden. Im EU-Schnitt sind es nur 19,7%.

Aufgrund der demographischen Entwicklung werden ohne Reformen auch die Beiträge für alle Zweige der gesetzlichen Sozialversicherung in den nächsten Jahren weiter steigen.

Was wir wollen:

- **Begrenzung der Wohnkosten** durch Ankurbelung des Wohnungsbaus und die befristete Fortführung der Mietpreisbremse
- eine dauerhafte finanzielle **Stabilisierung der Pflegeversicherung** und **Schutz der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen vor finanzieller Überforderung**
- **Sicherung des Pflegekräftebedarfs**
- **Lebensstandardsicherung im Alter** durch eine grundlegende Reform der Rentenversicherung
- **keine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters** als isolierte Reformmaßnahme
- **Stärkung der Selbstverwaltung** der gesetzlichen Sozialversicherung und **Wiederherstellung der Beitragsautonomie der Krankenkassen**
- **Sicherung des Renten-Mindestniveaus von 48 Prozent**
- **Sicherstellung einer ausreichenden ambulanten und stationären Versorgung**
- Wiederherstellung des **Lohnabstandsgebots bei Lohnersatzleistungen**
- **Ansprüche auf sozial- und familienpolitische Leistungen stärker vom Einkommen und der Bedürftigkeit abhängig machen**

Freiheit und Demokratie sichern



Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine hat deutlich gemacht, dass Frieden und Freiheit keine Selbstverständlichkeiten sind, sondern einer wehrhaften Demokratie bedürfen. Dafür ist eine verteidigungsfähige Bundeswehr mit ausreichender personeller und materieller Ausstattung unabdingbar. Zur Gewährleistung der Verteidigungsfähigkeit gehört auch der Wiederaufbau eines handlungsfähigen Zivil- und Katastrophenschutzes.

Aber nicht nur Frieden und Freiheit sind bedroht, sondern auch die Demokratie. Extremistische Kräfte sind in vielen Ländern auf dem Vormarsch. In Deutschland ist es vor allem die in weiten Teilen als gesichert rechtsextremistisch eingestufte AfD, die die verfassungsmäßige Ordnung in Frage stellt und den Austritt Deutschlands aus der EU sowie die Massenabschiebung von Flüchtlingen fordert.

Was wir wollen:

- **Demokratie und Rechtsstaat stärker schützen**
- **bessere Personalausstattung von Polizei und Justiz**
- **konsequente Strafverfolgung von Beleidigungen und Bedrohungen sowie Hetzparolen im Internet**
- die grundgesetzlich vorgesehene Möglichkeit zum **Verbot verfassungsfeindlicher Parteien** überprüfen und neu gestalten
- **Aufgabenwahrnehmung von Polizei und Nachrichtendiensten** durch Abbau überzogener rechtlicher Hemmnisse **erleichtern**
- eine **funktionsfähige europäische Asylpolitik** zur Eindämmung der irregulären Migration
- weitere **Unterstützung der Ukraine** im Kampf um den Erhalt ihrer territorialen Integrität und Souveränität
- zügige **Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit** der Bundeswehr
- **Aufhebung der Aussetzung der Wehrpflicht** und deren Umgestaltung in eine allgemeine Dienstpflicht
- **Gewährleistung der mit der Nato vereinbarten Verteidigungsausgaben** auch über das Jahr 2025
- **Aufbau eines ausreichenden und handlungsfähigen Zivil- und Katastrophenschutzes**